

Vorzeitung und Elbgauerpresse

Verlagspreis: Amt Dresden Nr. 31307

Amtsblatt

Telegr.-Adress: Elbgauerpresse Dresden

für die Amtshauptmannschaften Dresden-Alttadt und Dresden-Neustadt, das Amtsgericht Dresden
für die Superintendentur Dresden II, das Forstrentamt Dresden

und für die Gemeinden: Blasewitz, Weißer Hirsch, Laubegast, Dobritz, Wachwitz, Niederpöritz, Hostertwitz, Pillnitz, Weißig, Schönfeld
Publikations-Organ und Lokalanzeiger für Loschwitz, Rochwitz, Bühlau, die Löbnitzgemeinden, Dresden-Striesen, Neugruna und Tolkewitz

Druck und Verlag: Elbgau-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co.

Erscheint jeden Montag, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag.
Bezugspreis: durch die Post vierteljährlich 12.— einschließlich Beleggeld;
durch Boten frei ins Haus vierteljährlich 12.—, monatlich 4.—;
bei Abholung in der Verlagsdruckerei vierteljährlich 11.—, monatlich 3.—.

Blasewitz
Sonntag, 1. August 1920.

Anzeigen-Preis: die 6spaltige Grundzeile über deren Raum
1.— Mark, im Textzeile die Zeile 2.50 Mark, für Tabellen- und
schwierigen Satz 50% Aufschlag.
Anzeigen-Aufnahme für die nächste Nummer bis vorm. 11 Uhr.

Die Politik der verflochtenen Woche.

I.
Die große Rede, die der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Simons, vor dem Plenum des Reichstages hielt, hat in parlamentarischen Kreisen wie in der Presse eine zwiespältige Aufnahme erfahren. Herr Simons hat über vielerlei Dinge in, wie nachher der Reichstagsler Redenbach, entscheidend und lobend sagte, recht „ungeschminkt“ Rede gesprochen, und es wird auch für Anhänger seiner Person und Politik sehr schwer sein, alle Äußerungen, die er getan hat, zu rechtfertigen. Einzelne mindestens mißverständliche Bemerkungen hat ja der Minister inzwischen selbst korrigiert oder abgeschwächt. Wir wollen hierauf an dieser Stelle nicht näher eingehen, sondern versuchen, die wesentlichen politischen Grundgedanken und Richtlinien herauszuschälen, die nach unserer Ansicht in der Rede des Außenministers enthalten waren und ihr das charakteristische Gepräge gaben. Einer dieser Grundgedanken scheint uns das Streben nach juristischer und formaler Korrektheit im internationalen Verkehr zu sein. Diese Korrektheit der internationalen Umgangsformen und Umgangsgebräuche ist leider verloren gegangen; zum Teile und wir können wohl sagen zum überwiegenden Teile durch den Uebermut und die Brutalität der Sieger, die sich dem Besiegten gegenüber an die allerniedrigsten Regeln des internationalen Verkehrs nicht mehr gehalten haben, zum andern Teile aber auch durch die Unterbrechung der Tradition und den Zusammenbruch der Ordnung in den besiegten Ländern. Herr Simons will diese Korrektheit der Verkehrsformen und des Verhaltens wieder in das internationale Leben einführen und wenn er zunächst in Rede genommen, die auf das lebendige nationale Gefühl und nationale Temperament abzuwehmen Rücksicht nehmen, die Pflicht zu folger Korrektheit für uns selbst proklamiert und internationale Beziehungen der Völkerverkehr und internationalen Brauch, die von unserer Seite begangen sein sollen, heftig tadelt, so hat er dabei doch zweifellos die Wiederkehr eines Zustandes im Auge, bei dem es auch keine andere Macht wagt, uns gegenüber die Regeln der Achtung, des Anstands und paritätischer Höflichkeit zu verletzen. Mit diesem Ziel kann man im ganzen durchaus einverstanden sein. Es muß aufhören, daß Staatsmänner, die an einem Konferenztische gesessen haben, ohne Handdruck voneinander scheiden; es muß aufhören, daß internationale Beziehungen nicht nach einem allgemeinen gütigen Kodex geführt werden, sondern nach der Gesinnung, die der Besiegte dem Besiegten gegenüber hegt oder nach dem Maß der Rücksichtslosigkeit, das er sich ihm gegenüber ungefragt herausnehmen zu können glaubt. Dazu müssen — Herrin hat Herr Simons durchaus recht — auch wir das Notwendige beisteuern. Das Meiste aber werden in dieser Beziehung unsere bisherigen Gegner zu tun haben! Es kann nicht oft genug daran erinnert werden, daß nach dem Kriege von 1870 das siegreiche Deutschland nicht einen Augenblick daran gedacht hat, den geschlagenen Feind als Paria zu behandeln, und daß die französischen Staatsmänner, die zu den Waffenstillstandsverhandlungen und später zu den Friedensverhandlungen in deutsche Herrschaftsgebiete kamen, sich in keiner Weise über unhöfliche, unparitätische oder gar herabsetzende Behandlung zu beklagen hatten. Wir „Barbaren“ haben die französischen Staatsmänner damals weder in den Wäldern eingekerkert noch haben wir ihnen Kränze verweigert, noch verboten, sich nach 11 Uhr nachts auf der Straße zu zeigen.

Die Korrektheit der internationalen Umgangsformen, die Herr Simons anstrebt, ist nur Mittel, nicht Ziel; sie ist das Kennzeichen einer Atmosphäre, in der wieder auf vernünftiger, paritätischer Grundlage internationale Politik getrieben werden kann. Aber wir können mit aktiver politischer Betätigung nicht warten, bis eine solche Atmosphäre geschaffen ist. Herr Simons scheint glücklicherweise der Ansicht zu sein, daß auch ein geschlagenes Volk aktive Außenpolitik treiben kann, wofür wir ja immer wieder nachdrücklich eingetreten sind. Die zweite Grundtendenz seiner Rede ist deshalb der vorläufige nur in großen Umrissen angedeutete, ruhende Versuch einer Orientierung der deutschen Politik innerhalb der außenpolitischen Entwicklung der nächsten Zukunft. Der Minister hat in seiner Rede mit größter Klarheit nach den verschiedensten Richtungen nicht gefordert und dabei nach unserer Ansicht das Maß des Notwendigen sowohl in der Richtung als in der Absicht der bisherigen Feinde, die uns weiter freudig und mißhandeln, die heute schlecht in deutschen Ohren klingen. Aber Politik kann nicht mit dem Gefühl, auch nicht mit begreiflichen und berechtigten Gefühlen getrieben werden; unsere Lage geklärt es weniger als je, auf unsere eigene, leider aerbrochene Kraft zu pochen und Stärke und Elfe zu verschmähen, die sich uns vielleicht irgendwo bietet. Herr Simons hat auch dem französischen Staatschef in Berlin einige Komplimente gesagt; aber aus dem ganzen Inhalt seiner Rede geht doch hervor, daß er zur Zeit von Frankreich am allerwenigsten Verständnis für unser Existenzrecht und unsere Lebensnotwendigkeiten erwartet. Er sucht seine Orientierung offensichtlich zwischen England und Rußland. Schwerlich gibt er sich dabei Illusionen über die Gesinnung hin, welche die Engländer gegen

uns hegen und er weiß zweifellos so gut wie wir, daß Deutschland heute in der englischen Weltpolitik ein ziemlich untergeordneter Faktor ist und daß die englischen Staatsmänner nicht lange zögern, deutsche Interessen zu opfern, wenn Dinge auf dem Spiel stehen, die ihnen wichtiger sind. Aber er weiß auch, daß die Befriedigung des europäischen Kontinents heute zu dem Ziel der britischen Politik gehört und daß England, nachdem es uns wirtschaftlich und weltwirtschaftlich völlig ausgeschaltet hat, einer gewissen Entfaltung der deutschen Leistung schon aus ökonomischen Gründen nicht widerstreben wird. England ist, um es ganz knapp auszudrücken, zwar kein aktiver und offizieriger Helfer des deutschen Wiederaufbaus, aber es wird diesen Wiederaufstieg dulden und bis zu einem gewissen Grade vielleicht sogar fördern, wenn die politische Gesamtsituation, das erlaubt und nützlich erscheinen läßt.

Die Worte der Anerkennung, die der Minister Simons dem bolschewistischen Regime widmet, haben bis in linksdemokratische Kreise hinein Widerspruch und Entrüstung erregt. Sie sind schon um ihrer unvermeidlichen innerpolitischen Auswirkung willen lebhaft zu beklagen. Es geht nicht an, daß die kommunistische Propaganda in Deutschland sich darauf berufen kann, der Minister des Auswärtigen habe die Ueberlegenheit der Sowjet-Wirtschaft gegenüber der bestehenden Wirtschaft anerkannt. Das Simonsche Wort war auch lediglich vollkommen unangebracht; selbst wenn auf einem einzelnen Gebiete irgend eine hervorragende technisch-organisatorische Leistung vorliegt, (nicht bloß auf dem Papier haben) sollte, so würde diese Tatsache es noch keineswegs rechtfertigen, dem Sowjet-System aufbauende wirtschaftliche Kraft auszusprechen. Alle Nachrichten, die wir besitzen, auch solche von linksradikaler Seite, stimmen darin überein, daß die Räte-Diktatur den äußeren Grad von Vernichtung und Zerschlagung der russischen Wirtschaft herbeigeführt habe. Herr Simons scheint selber eingesehen zu haben, daß seine Äußerung eine beklagenswerte Entgleisung war und er hat sie deshalb nachträglich so abgeschwächt, daß das Lob für den Bolschewismus sich in herben Tadel verwandelt. Damit ist freilich auch die politische Absicht, die dem Minister bei seinem Komplimente für Sowjet-Rußland offenbar voranwachte, in den Hintergrund geraten, ja, eigentlich sogar in ihr Gegenteil verkehrt worden. Herr Simons wollte doch zweifellos der bolschewistischen Regierung zu verstehen geben, daß er ihr ohne Vorurteil gegenüberstehe und daß Deutschland zu einem praktischen wirtschaftlichen und gegebenenfalls politischen Zusammenarbeiten auch mit den derzeitigen Machthabern Rußlands bereit sei. Der Wunsch, dies anzudeuten, war gerechtfertigt und es ist sehr zu bedauern, daß der Minister einen richtigen Gedanken in eine so unglückliche Form gekleidet hat.

II.

Niemand kann bestreiten, daß die internationale Position der Sowjet-Regierung sich in der letzten Zeit in ganz erstaunlicher Weise gebessert hat. Als die Reihe der politischen Niederlagen begann, glaubte England noch den Roten Diktator als Gebieter und selbst den Schiedsrichter zwischen Rußland und Polen spielen zu können. Die Sowjet-Regierung hat die britische Intervention zunächst abgelehnt und darauf bestanden, daß Polen selbst um Waffenstillstand bitte. Herr Millerand bezeichnete diese Zumutung als impertinent, aber Herr Lloyd George nahm sie an. Auf englisches Gebot haben die Polen tatsächlich ihrerseits durch Funkpruch die oberste russische Delegation um einen Waffenstillstand ersucht. Der Waffenstillstand ist von den Russen grundsätzlich bewilligt, aber bis Ende dieser Woche hinausgeschoben worden; inzwischen erleiden die Polen weiter eine Niederlage nach der anderen. Sollte der Waffenstillstand wirklich abgeschlossen werden, muß zu Friedensverhandlungen geschritten werden. Auch hier wollte England zunächst den Schiedsrichter spielen; die Verhandlungen sollten unter seiner Leitung in London stattfinden und mit der englisch-russischen Aussprache über Vorderasien und über die Ausnahme der Wirtschaftsverbindungen zwischen Sowjet-Rußland und den Entente-Ländern verbunden werden. Dagegen schwebt der bolschewistischen Regierung offenbar eine ganz andere Konferenz, eine Art Weltkongress vor, der die gesamten politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Ostens auf eine neue Grundlage stellen würde. Nach vorläufigen und sehr kritischen Zeitungsberichten soll Teilnahmefähigkeit, also auch Deutschlands, an der Konferenz von London verlangt haben. Die Engländer haben bisher nur von den alliierten Mächten gesprochen. Aber jedenfalls ist es — das muß immer und immer wieder betont werden — vollkommen unmöglich, die Probleme des Ostens ohne Deutschland zu lösen. Das wissen außer uns vor allem auch die Russen, und das gegenwärtig bolschewistische Regime hat bereits sehr deutlich zu erkennen gegeben, daß es sich dieser Erkenntnis gleichfalls nicht verschließt. Rußland muß ungehemmten Wirtschaftsverkehr mit uns bekommen, sobald die rein technischen und materiellen Grundlagen für diesen Verkehr gegeben sind; es muß mindestens ökonomisch eine direkte Grenze mit uns haben, sei es über Polen, sei es über Estland, das zweifellos in arderer Abhängigkeit von Sowjet-Rußland geraten ist. Von dieser

direkten wirtschaftlichen Grenze ist in offiziellen Sowjet-russischen Kundgebungen bereits wiederholt die Rede gewesen. Aber damit ist das Problem nicht erledigt. Auch wenn Rußland diese direkte Wirtschaftsgrenze mit Deutschland erreicht hat, ist noch immer kein ungehemmter Verkehr von West nach Ost und von Ost nach West möglich, weil Deutschland mit Ostpreußen keine direkte Grenze hat und weil es mit ihm nur unter größten Hemmungen verkehren kann. Polen darf nicht „Barriere“ sondern soll „Brücke“ zwischen Rußland und Deutschland sein; es darf noch viel weniger „Barriere“ zwischen Deutschland und Ostpreußen sein. Die Frage des polnischen Korridors ist so auf das allerengste mit der Frage eines künftigen frei entwicklungsfähigen deutsch-russischen Verkehrs verbunden. Für uns ist diese Frage natürlich nicht nur und nicht einmal in erster Linie wirtschaftlicher Natur. Wir fordern die ununterbrochene territoriale Verbindung Ostpreußens mit dem Reich, die Befreiung der Deutschen Westpreußens und Polens von der polnischen Fremdherrschaft als unser gutes volkstümliches Recht. Die Ergebnisse der Abstimmung in Allenstein und Marienwerder haben gezeigt, daß die Entente die Grenze zwischen Polen und uns, auch rein ethnographisch — um von den kulturellen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten ganz zu schweigen — vollkommen falsch gezogen hat und wir werden nie aufhören, die Wiedergutmachung dieses Unrechts zu verlangen. Es kann auch niemals einen wirklichen Frieden, d. h. ein nachbarlich gutes Verhältnis zwischen Polen und uns geben, ehe die polnische Republik nicht ebenso wie im Osten auch im Westen auf ihre wahren „ethnographischen Grenzen“ beschränkt wird. Je später diese die „Wachstümer in London und Paris einsehen, umso später wird die furchtbare und dauerhafte Konsolidierung des Ostens beginnen.

Französische Kohlenpolitik in Oberschlesien.

Wer über die schändliche Rolle verfügt, entscheidet über Sein oder Nichtsein von Mitteleuropa. Die Franzosen besitzen nun nach dem Friedensvertrage außer in ihrem eigenen Lande die uneingeschränkte Verfügung über die Kohle in Ostschlesien, im Saargebiet, in Oberschlesien und in gewissem Maße auch in dem Kohlenrevier von Mährisch-Odra-Karwin. Es fehlt ihnen hauptsächlich das Ruhrgebiet.

Bei der Kohlenverteilung verfolgen sie bestimmte Zwecke, wie aus ihrem Vorgehen in Oberschlesien deutlich wird. Die ober-schlesische Kohle weilen sie nämlich in folgender Reihenfolge zu: Polen, Deutsch-Oesterreich, Italien, ober-schlesisches Abstammungsgebiet, Eisenbahnen und Industrie im übrigen Deutschland. Erst neuerdings ist unter dem Druck der ober-schlesischen Arbeiter das ober-schlesische Abstammungsgebiet an erste Stelle gesetzt worden. Die Verteilung geschieht aber nicht etwa anteilmäßig nach dem Bezug ober-schlesischer Kohle im letzten Friedensjahr, sondern es erhalten Oberschlesien seinen Bedarf, Polen, Deutsch-Oesterreich und Italien festgesetzte Mengen, die deutschen Eisenbahnen und Industrie das, was übrig bleibt. Die Benachteiligung der deutschen Industrie ist also offensichtlich. Ganz einseitig wird Polen bevorzugt. Sein Anteil ist im Mai von 200 000 Tonnen auf 400 000 Tonnen monatlich erhöht worden; eine weitere Erhöhung auf 450 000 Tonnen soll bevorstehen. Polen einschließlich der neu erworbenen preussischen Gebiete hat aber vor dem Kriege nur 24 v. H. der ober-schlesischen Förderung bezogen, während es jetzt 15 v. H. der Förderung erhält, abgesehen seine Industrie zerstört ist, und ihm jetzt auch die gallische Förderung, die im Jahre 1913 über 1,9 Millionen Tonnen betrug, zur Verfügung steht. Polen erhält demnach 62 v. H. seines Friedensbezuges an ober-schlesischer Kohle, während Deutschlands Bedarf an Kohlen nach den neuen Abmachungen in Spa unter Berücksichtigung unserer Verpflichtungen gegenüber neutralen Staaten noch nicht einmal zu 50 v. H. gedeckt ist, abgesehen unsere Industrie intakt ist und die Wiedergutmachungen aufbringen soll.

Natürlich bevorzugen die Franzosen die Polen nicht um ihrer schönen Augen willen, sondern im Interesse der französischen Kapitalisten; diese sind nämlich bereits erheblich an der polnischen Industrie beteiligt, teils offen, teils durch die polnischen und in Gallien) durch die österreichischen Banken, in denen französisches Kapital arbeitet. Wegen der über-reichlichen Französischen kommt auch Deutsch-Oesterreich bei der Kohlenverteilung verhältnismäßig gut fort. Die Kohlenverteilung in Oberschlesien bedeutet also eine Sabotage der deutschen Industrie zugunsten französischer Kapitalisten. Im Anschluß an das Abkommen von Spa wird erwartet, daß die Entente eine bestimmte Menge ober-schlesischer Kohle — vorgeschlagen sind 1,5 Millionen Tonnen monatlich — Deutschland zuweisen wird. Das ist natürlich für die deutsche Industrie wertvoller als der ungewisse Ueberrest, auf den sie bisher angewiesen war, wenn auch Deutschland dann von einer Steigerung der Förderung keinen Nutzen hätte. Nach polnischen Quellen wollen die Franzosen aber diese kleine Verbesserung auf andere Weise gefährden. Denn während bisher die Kohle Oberschlesiens wie die eines selbständigen Staates verteilt wurde, soll sie künftig als deutsche Kohle behandelt werden. Das heißt nur äußerlich wie eine Anerkennung der Zugehörigkeit Oberschlesiens zu Deutschland aus, in Wirklichkeit wollen die Franzosen hierdurch das Recht haben, soweit von der ober-schlesischen Kohle für sich zu nehmen, wie das Ruhrgebiet aus irgend welchen Gründen nicht liefern würde. Diese neue Gefahr für die Industrie Ost- und Mitteldeutschlands muß bei den kommenden Verhandlungen unbedingt beseitigt werden.